Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 22,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,600.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 30 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter den Redactionsstrich
die Spaltzeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postvorschuß.

№ 84. Freitag den 25. März 1881. 75. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Auf die für das Jahr 1880 festgesetzte Dividende der Reichsbankantheile im Betrage von 6 Procent wird die Restzahlung mit

45 Mark

für den Dividendenschein Nr. 15 vom 24. d. Mts. ab bei der Reichsbankhauptcasse zu Berlin, bei den Reichsbankhauptstellen zu Bremen, Breslau, Cöln, Danzig, Dortmund, Frankfurt a. Main, Hamburg, Hannover, Königsberg i. Pr., Leipzig, Magdeburg, Mannheim, München, Posen, Stettin, Straßburg i. Elsaß und Stuttgart; bei den Reichsbankstellen zu Aachen, Augsburg, Bielefeld, Braunschweig, Bromberg, Cassel, Chemnitz, Coblenz, Crefeld, Dresden, Düsseldorf, Elberfeld, Elbing, Emden, Erfurt, Essen, Flensburg, Frankfurt a. Oder, Gera, Gleiwitz, Glogau, Görlitz, Graudenz, Halle a. S., Karlsruhe, Kiel, Landsberg a. W., Liegnitz, Lübeck, Mainz Memel, Metz, Minden, Mülhausen i. Elsaß, Münster, Nordhausen, Nürnberg, Osnabrück, Siegen, Stralsund, Stolp, Thorn, Tilsit und bei den Reichsbank-Commanditen zu Cöslin und Insterburg erfolgen.

Berlin, den 21. März 1881.

Der Reichskanzler.
In Vertretung:
v. Boetticher.

Bekanntmachung.

Das zweite Stück des diesjährigen Gesetz- und Verordnungsblattes für das Königreich Sachsen ist bei uns eingegangen und wird **bis zum 9. April d. J.** auf dem Rathhaussaale zur Einsichtnahme öffentlich aushängen.

Dasselbe enthält:

Nr. 5. Bekanntmachung, eine Anleihe der Actiengesellschaft „Bautzener Brauerei und Mälzerei" zu Bautzen betreffend; vom 21. Januar 1881.

Nr. 6. Bekanntmachung, die Concessionirung der Transatlantischen Feuerversicherungs-Actien-Gesellschaft zu Hamburg betreffend; vom 31. Januar 1881.

Nr. 7. Verordnung, die Ausstellung von Heimathscheinen für das Ausland betreffend; vom 26. Februar 1881.

Nr. 8. Bekanntmachung, die gegenseitige abgabenfreie Behandlung des beweglichen Nachlasses Königlich Sächsischer und Kaiserlich Königlich Oesterreichischer Unterthanen betreffend; vom 26. Februar 1881.

Nr. 9. Verordnung, die nach dem Reichsgesetze vom 23. Juni 1880 für die wegen Seuchen getödteten Thiere zu gewährenden Entschädigungen betreffend; vom 4. März 1881.

Leipzig, den 23. März 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Stzß.

Bekanntmachung.

Aus der Apel'schen Stiftung zur Bestreitung der Kosten des Aufdingens und Lossprechens und zur Beschaffung von Lehrbetten für arme Knaben, welche die Schneider- oder Schuhmacher-Profession erlernen wollen, sind einige Spenden zu vertheilen.

Bewerbungen darum sind längstens bis zum 6. April c. schriftlich bei uns (Eingangsbureau, Rathhaus, 1. Etage, Zimmer Nr. 9) einzureichen.

Hierbei bemerken wir, daß solche junge Leute, welche bereits in der Lehre stehen oder außerhalb Leipzigs in die Lehre treten wollen, nicht berücksichtigt werden können und daß hier ortsangehörigen Bewerbern in der Regel vor auswärtigen der Vorzug zu geben ist.

Leipzig, den 22. März 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Harrwitz.

Bekanntmachung.

Die zur Herstellung einer Thonrohrschleuße vor den Grundstücken „An der Pleiße Nr. 6 bis 8" erforderlichen Arbeiten und Lieferungen sollen an einen Unternehmer im Accord vergeben werden.

Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen im Rathhaus, 2. Etage, Zimmer Nr. 14 aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:
Herstellung einer Thonrohrschleuße vor den Grundstücken „An der Pleiße Nr. 6 bis 8"
versehen ebendaselbst und zwar bis zum

31. März a. c., Nachmittags 5 Uhr

abzugeben.

Leipzig, am 19. März 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Dr. Wangemann.

Bekanntmachung.

Die zur Herstellung einer Thonrohrschleuße in dem Wege zwischen Central- und Dorotheenstraße erforderlichen Arbeiten und Lieferungen sollen an einen Unternehmer im Accord vergeben werden.

Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen im Rathhaus, II. Etage, Zimmer Nr. 14 aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:
„Herstellung einer Thonrohrschleuße in dem Wege zwischen der Central- und Dorotheenstraße"
versehen ebendaselbst und zwar bis zum

31. März a. c. Nachmittags 5 Uhr

abzugeben.

Leipzig, am 19. März 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Dr. Wangemann.

Wegen Reinigung der Locale bleiben die Geschäfte des Leihhauses und der Sparcasse für

Freitag den 25. März a. c.

ausgesetzt.

Leipzig, den 22. März 1881.

Des Raths Deputation für Leihhaus und Sparcasse.

Bekanntmachung.

Zu Ostern d. J. kommt die unterste Oberlehrerstelle an unserer höheren Schule für Mädchen mit einem Gehalte von 2000 Mark zur Erledigung und soll mit einem akademisch gebildeten Lehrer, der auch die erforderliche Qualification für den französischen Unterricht besitzen muß, wieder besetzt werden.

Wir fordern daher geeignete Bewerber hierdurch auf, bis zum **2. April d. J.** ihre Bewerbungsgesuche unter Beifügung eines Lebenslaufes und ihrer Prüfungszeugnisse bei uns einzureichen.

Leipzig, den 12. März 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Wilisch, Rß.

Oeffentliche Handelslehranstalt.

Die Anmeldung von **Handlungslehrlingen, welche k. Ostern in die Früh- oder Nachmittagscurse der Lehrlingsabtheilung eintreten sollen, erbittet sich der Unterzeichnete in der Zeit**

vom 23. bis mit 26. März, Vormittags 11—12½ Uhr,

womöglich unter persönlicher Vorstellung der Anzumeldenden durch ihre Herren Principale.

Während der gedachten Zeit werden **auch Anmeldungen für den einjährigen fachwissenschaftlichen Cursus** entgegengenommen, an welchem **sich Handlungslehrlinge** betheiligen können, **die im Besitze des Zeugnisses über die wissenschaftliche Befähigung zum Einjährig-Freiwilligendienst sind.** Unterricht 10 Stunden wöchentlich, Schulgeld 90 Mark.

Carl Wolfrum, Director.

Von dem unterzeichneten Königlichen Amtsgericht soll

dem 4. April 1881

auf gestelltes Antrag das den Erben Frauen Emilien Mathilden Wilhelminen verehel. Hoerhet geb. Leiderits in Leipzig und Genossen gehörige, in Leipzig, an der Pleiße sub 3a belegene, Place de repos genannte Grundstück, Nr. 1590 des Brandcatasters A. Nr. 2189a, 2189b, 2189c das Flurbuchs und Fol. 1370 des Grund- und Hypothekenbuches für die Stadt Leipzig, welches Grundstück am 5. Januar 1881 ohne Berücksichtigung der Oblasten auf

507,000 Mark

gewürdert worden ist, unter den in der Gerichtsschreiberei des Königlichen Amtsgerichts Leipzig, Abtheilung II, zur Einsicht ausliegenden Bedingungen freiwilliger Weise versteigert werden, was unter Bezugnahme auf den an hiesiger Amtsstelle aushängenden Anschlag hierdurch bekannt gemacht wird.

Leipzig, am 10. Januar 1881.

Königliches Amtsgericht, Abtheilung II.
Steinberger. Gß.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 25. März.

Das Regierungsprogramm des neuen Zaren hat in der liberalen St. Petersburger Presse die lebhafteste Zustimmung gefunden. Sie verlangt — Grund genug für uns, um den inneren Vorgängen Rußlands fortan die eingehendste Aufmerksamkeit zu widmen —, daß West-Europa die Friedensarbeit des Zarenreiches in keiner Weise stören oder ablenken werde. „Das russische Volk wird", schließt ein Artikel des „Golos", „mit großer Aufmerksamkeit darauf achten, wie Europa sich zu den inneren Arbeiten der gegenwärtigen Regierung verhalten wird. Von dem Grade der Sympathie der verschiedenen Nationen und Regierungen diesen inneren Arbeiten gegenüber werden natürlich auch die Einzelheiten bezüglich der Anwendung des Programms auf die äußere Politik abhängen." Die „Molwa" ruft aus:

„Welch' ein großartiges Programm! Wie sehr entspricht dieses Programm den tiefsten Herzenswünschen des russischen Volkes, unseren wirklichen Bedürfnissen und Nothständen! Wir bedürfen keiner territorialen Erwerbungen, wir begehren weder die Thore von Konstantinopel noch auch die Aufrichtung des Kreuzes auf der Sophienkirche. Der sogenannte Einfluß auf die europäische Politik verwirrt und erschöpft uns. Wir haben uns in uns selbst zu concentriren, uns dem Dienst zu unserer eigenen inneren Organisation, zu unserer Entwickelung zu widmen und zur Gründung eines eigenen Heerdes zu wirken. Auf einem solchen Fundament, das mehr werth ist als eine zahlreiche Armee, können wir unsere Größe, unseren Ruhm und unsere Macht gründen. Möge Gott Seiner Majestät dem Kaiser beistehen, dieses Programm in seiner ganzen Ausdehnung auszuführen!"

Der Kaiser Alexander III. selbst hat auf das Rundschreiben seines Ministers, welches das in Rede stehende Regierungsprogramm enthält, als Randbemerkung das Wort „Sehr gut!" gesetzt; es handelt sich hier also um eine Staatsschrift von hochpolitischer Bedeutung. Es ist darin so sehr der Zwang der inneren Lage Rußlands auf die nächste Politik seiner Regierung bemerkbar, daß man an der Ehrlichkeit der darin abgegebenen Versicherungen nicht zweifeln kann, wenngleich es eben dieser Zwang ist und vielleicht nicht die persönliche Gesinnung der leitenden Männer, was sie dictirt. Der Druck der peinlichen unseren Verhältnisse Rußlands ist es eben, der eine andere als die in diesem Circular umrissene Politik unmöglich macht; und daß Dies in nackten Worten eingestanden wird, Das ist es, was dieser Manifestation überzeugenden Werth verleiht.

Man sieht, daß das harte „Muß" durchweg in dem Schriftstücke betont ist, und in der That ist dieses „Muß" vorhanden. Wir glauben nicht, daß die kannibalischen Schlächtereien der Nihilisten irgend einen zwingenden Einfluß auf den jungen Kaiser üben mögen. Der Schrecken derselben hat ja auch auf den ermordeten reichlich gewirkt und ihn doch nicht veranlaßt, sein System zu wechseln. An einer so verantwortungsreichen Stelle, wie die des Herrschers eines großen Reiches, tritt der Mensch und treten seine Empfindungen hinter dem Amte und der Einwirkung der allgemeinen Staatsverhältnisse zurück oder gewinnen doch nur insofern Geltung, als die persönlichen Anschauungen über die letzteren das Handeln bestimmen.

Alexander III. würde schwerlich sich zu einer Reformirung der russischen Rechts- und Socialverhältnisse entschließen, wenn nichts Anderes ihn zu bestimmen vorhanden wäre, als die Mordandrohung der Nihilisten. Er muß sich ja auch darüber klar sein, daß er die radicalen Forderungen derselben zu erfüllen außer Stande ist, und daß er somit trotz aller Reformen noch immer von den Mordwaffen der unheimlichen Verschwörer bedroht wird. Was ihn zu reformatorischem Handeln bewegen kann, das ist allein die Erkenntniß, daß das gesammte Land und Volk eine gründliche Umarbeitung des Regierungssystems, des Verwaltungs- und Justizwesens dringend bedarf und fordert, um nicht innerlich zu verbluten, kraftlos zu werden und einer verwirrenden und verwüstenden allgemeinen Revolution zu verfallen.

Es ist ja nur zu bekannt, daß seit Jahren immer lauter und lauter in der russischen Presse, und wo immer die Volksmeinung sich geltend machen konnte, der Wunsch einen lebhaften Ausdruck gefunden hat, daß Rußland endlich durch die Verleihung einer Verfassung in die Reihe der Staaten eingestellt werden möge, in denen ein civilisirtes Recht und die sich frei geltend machenden Volksbedürfnisse die Grundlage der Verwaltung und der Gesetzgebung bilden. Und trotz des hartnäckigen Widerstandes der autokratischen Anschauungen Alexander's II. hat selbst Dieser sich entschließen müssen, jenem Wunsche eine Art von Befriedigung zu schaffen in den Semstwos, jenen Landschaftsvertretungen, die freilich, weil sie eben nur den Schein und nicht das Wesen von Landesvertretungen besitzen sollten, sehr bald kläglich Schiffbruch litten und in argen Mißcredit gekommen sind. Die Semstwos selbst haben oft genug die jämmerliche Lage ihres Daseins ausgesprochen und beklagt und dringend ihre Stimme erhoben für die Herbeiführung einer wahren Landesvertretung und für die Abschaffung der oft empörenden Willkür in Verwaltung und Justiz und der das Land schmählich ausplündernden Unehrlichkeit des Beamtenapparates. Mit ihnen hat die einigermaßen freie Presse der Hauptstädte in diesem Sinne gesprochen, und es ist somit zweifellos, daß die Reform des Systems dringendes Bedürfniß und entschiedenes Verlangen des russischen Volkes ist.

Kann man nun glauben, daß nach allem Diesen und nach den furchtbaren Erfahrungen, die in den letzten Jahren gemacht worden sind und die unmöglich gewesen wären, wenn der Nihilismus — in seinen Anfängen — nicht wenigstens eine tolerirende Unterstützung im Volke gefunden hätte, Alexander III. in der alten Weise fortregieren werde? Die Augen des gesammten Volkes sind hoffnungleuchtend auf ihn gerichtet, und wenn er sich nicht wenigstens bemüht, den mäßigsten Hoffnungen, die auf ihn gesetzt werden, zu entsprechen, — was wird dann die Folge sein? — Kann man an eine andere denken, als daß die jetzt stumpfe Apathie des Volkes zur wilden Verzweiflung gelangen und in derselben sich in die brutal-gewaltthätige Methode des Nihilismus allgemeiner stürzen werde?

Das ist der Zwang, der, wenn seine eigenen Gesinnungen ihn nicht dazu führten, den Zaren zur Reformarbeit treiben müßte, — der Zwang, der sich in der Circular-Depesche ausspricht und der es glaubhaft macht, was darin versichert wird, daß Rußland vorerst eine verwickelnde äußere Politik vermeiden wolle. Der einsichtige Theil des russischen Volkes sieht zu dem neuen Zaren, um die geplante Reformarbeit zu unterstützen. Möge dieselbe ehrlich gefördert und damit Rußland der wahren Cultur, die nur im Rechtsstaate gedeihen kann, näher geführt werden! Wir in Deutschland werden jeden Fortschritt auf diesem Wege mit Freuden begrüßen; um so mehr muß Rußland sich seines bisherigen Deutschenhasses und seiner panslavistischen Anmaßungen entledigen. Es muß endlich einsehen, daß es — wie Kaiser Wilhelm nach Petersburg wissen ließ — an uns „gute Nachbarn" und daher kein Recht zu feindseligen Angriffen hat.

Die Augen des deutschen Volkes sind nach St. Petersburg gerichtet, wo gegenwärtig unser Kronprinz weilt, um dem verewigten Zaren die letzte Ehre zu erweisen. Es wird übrigens behauptet, der Kaiser Alexander III. habe den Kronprinzen behufs vertraulicher Besprechungen zu möglichst baldigem Eintreffen in Petersburg eingeladen, und es sei aus diesem Grunde die Abreise des Kronprinzen schon am Dienstag Nachmittag erfolgt, statt, wie anfangs in Aussicht genommen, erst Nachts. Wir geben dieses Gerücht hier wieder, indem wir nach der „Post" mittheilen, daß Se. k. k. Hoheit bereits am 28. d. M. in Berlin zurückerwartet wird.

Die Absicht, die Ostervertagung des Reichstags schon am 2. April eintreten und alsdann allein die Commissionen noch einige Zeit arbeiten zu lassen, wird sich wohl nicht erreichen lassen. Vor der Vertagung sollen noch die ersten Lesungen der großen Gesetzentwürfe: Steuervorlagen, Unfallversicherung und Innungswesen, abgehalten werden; es ist aber nicht wohl möglich, diese Arbeit in einer einzigen Woche zu vollenden.

Treffend, wenn auch boshaft war ein Witzwort, mit welchem ein ultramontaner Reichstagsabgeordneter die Mittheilung von den Beschlüssen des preußischen Staatsministeriums, betreffend die Capitelsvicare von Paderborn und Osnabrück, aufnahm: „Der Berg hat wieder einmal eine Maus geboren", so lautete das Urtheil, welches die begehrliche Stimmung in Centrumskreisen gegenüber der Willfährigkeit des Cultusministers besser bezeichnet als alle rhetorischen Jongleurkünste des Abg. Windthorst. Auch in liberalen Cirkeln hat man sich über das officiöse Räthsel von den im Cultusministerium getroffenen „mächtigen Entscheidungen", deren „Folgen" zur Beilegung des kirchenpolitischen Conflicts „möglicherweise von hervorragender Bedeutung sein möchten", nicht allzu viel den Kopf zerbrochen. Man ist in dieser Frage äußerst zweifelsüchtig geworden und läßt es sich nicht einmal anfechten, wenn Herr von Puttkamer mit Herrn Windthorst im Reichstagssaal eingehende Unterhaltung pflegt. Daß der Cultusminister sich gar zu gern einen glanzvollen Abgang sichern möchte, ist hinreichend bekannt, aber auch, daß er selber nur nicht recht weiß wie. Denn die Aufnahme, welche sein jüngstes Entgegenkommen beim Centrum findet, dürfte ihn über das Eine wenigstens belehren können, daß sich der Appetit dieser Partei beim Essen nur steigert. Bereits wird von den Ultramontanen mit geflissentlicher Gleichgültigkeit darauf verwiesen, daß sowohl die Dispensation vom Eide, wie die Uebertragung der Vermögensverwaltung an die Bisthumsverweser, wie endlich die Aufhebung des Sperrgesetzes nicht entfernt als eine „Concession" der Regierung angesehen werden könne. Es handle sich dabei lediglich um die Ausnutzung einer gesetzlich ermöglichten Erleichterung. Wolle die Regierung wirklich einen dauernden Frieden herbeiführen, so gebe es hierfür nur einen Weg, nämlich die directe Verhandlung mit Rom.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" richtet an die gemäßigten Parteien die dringende Mahnung, sich zu den Wahlen zu rüsten, um einer Ueberrumpelung durch die Demokratie zu entgehen. „Die Fortschrittspartei verfügt — so schreibt das officiöse Blatt — nach eigenem Bekenntniß, über sehr bedeutende Geldmittel für die nächsten Wahlen; sie betreibt schon jetzt die Agitation mit aller Energie und in einer Weise, die beweist, daß sie von ihrer Zwillingsschwester, der Socialdemokratie, Vieles gelernt hat. Es unterliegt freilich keinem Zweifel, daß die Demokratie eben so wenig vermögen wird, das deutsche Reich aus seinen Fugen zu heben, wie die Socialdemokratie es vermocht hat; aber es ist eine unverzeihliche Schwäche von der deutschen Nation, Wohlfahrt und Rettung immer nur von der Regierung zu erwarten. Deshalb haben Alle, die es mit dem Wohle des Vaterlandes ernst meinen, die heilige Pflicht, an der Rührigkeit und Opferwilligkeit der Demokratie sich ein Beispiel zu nehmen und für einen Reichstag zu sorgen, der nicht selbst zu regieren, sondern im Einvernehmen mit der Regierung das Beste der ganzen Nation zu fördern für seine Aufgabe erkennt."

Zur Parteibewegung in Hannover schreibt der „Hannoversche Courier": Nachdem Herr Schimmelpfennig uns gute Hannoveraner mit seinem kurfürstlich hessischen Particularismus bekannt gemacht, Herr Stöcker unter einigermaßen erschwerten Umständen seine christlich-socialen Ideen hier kundgegeben hat, wird auch der Matador des Fortschritts, Herr Eugen Richter, hier ein Stück seines Redefeuerwerks abbrennen und uns die Segnungen des Berliner Fortschritts in Brillantfeuer zeigen. Um den Herrn würdig empfangen zu können, hat sich hier aufs Neue ein Fortschrittsverein gebildet, der auch wieder einen Candidaten für die Reichstagswahl aufzustellen beabsichtigt. Herr Richter wird zu seiner Vorstellung hierselbst die parlamentarische Muße der Osterferien benutzen.

Die „freie" Schweiz ist der Schlupfwinkel einer internationalen Mörderbande geworden, welche die Vernichtung der gegenwärtig in Europa bestehenden bürgerlichen Ordnung und der Beseitigung der Fürsten durch Meuchelmord auf die rothe Fahne geschrieben hat. Die „Neue Züricher Zeitung" bringt einen Bericht über die am vorigen Sonnabend von dem internationalen Arbeiter-Verein in Zürich abgehaltene Versammlung, welche beweist, daß in der Schweiz die verbrecherische Agitation mit größter Offenheit und Frechheit betrieben wird. Es heißt in diesem Bericht eines Zuhörers der Versammlung:

Die schiefen Ansichten über Fürstenmord, russische Verhältnisse und die Ziele der nihilistischen Bewegung, welche man dort zu hören bekam, zeigten zur Genüge die Unkenntniß der Redner, über andere als die ihnen naheliegendsten Sachen urtheilen zu können. In der Maßlosigkeit ihrer Anschuldigungen und Behauptungen offenbarte sich nur blinder Haß gegen das Bestehende, Zerstörungssucht und eine Brutalität, welche, wenn sie wirklich die „Stimmung des Volkes" wäre, zu gerechten Befürchtungen Anlaß geben würde. Diese Brutalität der Gesinnung drückte sich auch in der Sprache aus, welche bisweilen grotesk genug war, wenn z. B. Bürger Bürkli den Zaren mit einem Tiger verglich, der kleine Kinder fresse, und Bürger Geralich ihn mit einem Vieh, das wie ein solches abgethan worden sei. An dem gemordeten Kaiser blieb kein gutes Haar; die große Masse des russischen Volkes, welches seinen Herrscher liebt, wurde verfluscht und nur die Attentäter wurden als Helden gefeiert. Die Lehre des politischen Meuchelmordes wurde gutgeheißen.

Daß die Verbindungen dieser Leute bis nach Deutschland reichen, ist bekannt.

Wie aus Lissabon gemeldet wurde, hat das portugiesische Cabinet seine Entlassung gegeben. Die äußere Veranlassung zu diesem Schritte war eine vom Ministerium mit Mißfallen bemerkte Abstimmung in der Pairskammer. Die Ursache der Krisis ist aber, wie schon neulich hervorgehoben, in dem Abschluß des sogenannten Lorenzo-Marques-Vertrages mit der englischen Regierung zu suchen, der in Portugal allgemeine Entrüstung hervorgerufen hat. Es handelt sich bekanntlich bei diesem Vertrage zwar nicht um die förmliche Abtretung des dicht an das Transvaalland angrenzenden Gebietes von Lorenzo-Marques an England, wohl aber um gewisse strategische und commerzielle Abmachungen, namentlich um das Durchzugsrecht für englische Truppen und um die Anlegung einer Eisenbahn von Lorenzo-Marques nach Pretoria. Angesichts der Wirren in Südafrika ist der Vertrag für England von besonderer Bedeutung. In Portugal will aber die öffentliche Meinung durchaus Nichts davon wissen, und das Ministerium hat seine allzu große Gefälligkeit gegen England mit seinem Sturze bezahlen müssen. Wie man sich erinnert, war vor Jahren einmal die Rede davon, daß Deutschland mit Portugal wegen Abtretung von Lorenzo-Marques und der dazu gehörigen Delagoa-Bai in Unterhandlungen getreten sei, die jedoch infolge des von England erhobenen Einspruches vereitelt wurden.

Die französische Ministerkrisis ist beseitigt, beseitigt für einige Zeit, denn als Sieger aus dieser Affaire ist Gambetta hervorgegangen. Durch die Neutralität des Cabinets ist die Listenwahl so gut wie gesichert und das Resultat der nächsten Wahl wird ein Ministerium Gambetta sein. Ja, man geht in Paris noch weiter; man streitet im Publicum und wettet auf Gambetta oder Grevy und wer von beiden zuletzt siegen werde. Man meint, wenn Gambetta siege, würde Grevy in dieselbe Klemme gerathen wie einst Mac Mahon, entweder sich zu unterwerfen oder abzudanken. Es ist ein traurriges Zeugniß für die politische Reife der neuen französischen Republik, daß Präsident, Regierung, Kammer, Senat, Presse und die ausgesprochene Mehrheit des ganzen Volkes sich von einem unüberlegten, jeder tieferen staatsmännischen Einsicht entbehrenden und nur mit den „Vorzügen" rhetorischer Suada ausgerüsteten Mann wie Gambetta gängeln lassen. Wir meinen, dieses Verhältniß wäre unmöglich, wenn nicht in dem Herrn Kammerpräsidenten thatsächlich der Revanchegedanke verkörpert wäre.

Die belgische Repräsentantenkammer hat ein neues Präsidium gewählt. Sie wählte den bisherigen ersten Vicepräsidenten Dedecamps mit 60 gegen 33 Stimmen zum Präsidenten; zum ersten Vicepräsidenten wurde Hardy de Beaulieu und zum zweiten Vicepräsidenten Couvreur gewählt. Dieser Neuwahl ging ein Kammerskandal voraus. Bei der Berathung des Militairetats sagte der Abgeordnete Woeste von der Rechten, er habe sich der Abstimmung enthalten, weil die Armee gewisse Parteimaßregeln des Kriegsministers (die Aufhebung der Feldgeistlichkeit, die Untersagung der früher üblich gewesenen officiellen Neujahrsvisiten des Officiercorps an Bischofssitzen beim Bischof und der officiellen Theilnahme an einem Festgottesdienste) mißbillige. Es erscholl sofort von der Linken der Ruf: „zur Ordnung!" und der Minister des Aeußern, Frère-Orban, verlangte ausdrücklich den Ordnungsruf gegen den Deputirten Woeste, weil eine Gefahr für den Staat darin liege, zu sagen, die Armee hätte ihren Chef